

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen  
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

---

Band 276

# Die Onlinemustergründung der GmbH nach der DigiRL und dem DiRUG

Hintergrund, Umsetzung und  
(versäumte) Chancen

Von

Maximilian Mense



Duncker & Humblot · Berlin

MAXIMILIAN MENSE

Die Onlinemustergründung der GmbH  
nach der DigiRL und dem DiRUG

# Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg

Professor Dr. Jens Koch, Köln

Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg

Professor Dr. Gerald Spindler †

Band 276

# Die Onlinemustergründung der GmbH nach der DigiRL und dem DiRUG

Hintergrund, Umsetzung und  
(versäumte) Chancen

Von

Maximilian Mense



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristenfakultät der Universität Leipzig  
hat diese Arbeit im Jahr 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 1614-7626  
ISBN 978-3-428-19467-4 (Print)  
ISBN 978-3-428-59467-2 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,  
12165 Berlin, Germany | E-Mail: [info@duncker-humblot.de](mailto:info@duncker-humblot.de)  
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

*Meiner Familie*



## **Vorwort**

In Zeiten multipler Krisen mag die Digitalisierung von Recht und Verwaltung nebensächlich erscheinen – doch das Gegenteil ist der Fall.

Die Europäische Union hat es als Wirtschafts- und Handelsunion mit einem gemeinsamen Markt, freiem Wettbewerb und harmonisierten Vorgaben geschafft, viele Nationen trotz ihrer Unterschiede unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen. Es gilt, dieses Erfolgsmodell im Einklang mit den Erwartungen der Unionsbürger in das digitale Zeitalter zu überführen.

Eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand ist für die europäische Völkergemeinschaft nur innerhalb einer EU denkbar, die sich ihrer Stärken bewusst ist und diese gezielt einsetzt.

Die wachsende Skepsis gegenüber der EU ist nicht immer unberechtigt. Dieser Skepsis sollte mit effektiven Maßnahmen begegnet werden, die offensichtlichen Mehrwert bringen und die breite, grenzüberschreitende Akzeptanz finden. Eine unkomplizierte, grenzüberschreitende Onlinegründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist ein Beispiel für eine solche Maßnahme. Sie stößt bei Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen auf große Zustimmung.

Diese Akzeptanz gegenüber europäischen Maßnahmen, bei denen die Vorteile auf der Hand liegen, bildet die Grundlage für eine starke EU – eine EU, die in der Lage ist, den Herausforderungen unserer Zeit, sowohl von innen als auch von außen, zu trotzen und auch weiterhin ein Garant für Freiheit, Stabilität und Prosperität auf unserem Kontinent zu sein.



Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der Juristenfakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen. Nachdem die Arbeit im Dezember 2023 eingereicht wurde, fand zur Drucklegung eine Aktualisierung statt, bei der Rechtsprechung und Literatur bis Ende 2024 berücksichtigt werden konnten.

Der Großteil der Dissertation entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hasso-Plattner-Institut in Potsdam von 2020 bis 2023 – vor allem an unzähligen Wochenenden, in beständigem Ringen mit mir selbst.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Justus Meyer für die Betreuung dieser Arbeit und seine stetige Unterstützung. Ebenso danke ich Herrn Professor Dr. Johannes Eichenhofer für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen am HPI sowie bei HPI Ventures danke ich Dr. Frank Pawlitschek und Dr. Jens Schmidt-Sceery für den Zuspruch und die Freiräume, die mir die Bearbeitung der Dissertation neben meiner beruflichen Tätigkeit ermöglichten.

Doch vor allem gebührt meiner Mutter Jasmin Mense und meiner Ehefrau Eva Mense tiefster Dank.

Meiner Mutter für ihre lebenslange Unterstützung und meiner Ehefrau Eva für den andauernden Rückhalt, ihr Verständnis und die Zuversicht. Ohne Euch wäre diese Arbeit nicht entstanden!

Die vielen Menschen, die mich mein Leben lang begleitet haben und immer hinter mir standen, hatten ebenfalls erheblichen Anteil am Gelingen dieses Projekts. Neben meinem Vater Wilhelm Mense und meinem Ziehvater Frank Mill, möchte ich mich bei Familie und Freunden bedanken, die in den letzten Jahren leider allzu oft auf mich verzichten mussten, aber immer Verständnis hatten.

Mit dem Abschluss dieses Projekts geht nicht nur Erleichterung und Stolz einher, sondern auch die Erkenntnis, dass ich mich meiner Frau und meinem Sohn, Familie und Freunden mehr widmen möchte.

Danke, dass Ihr für mich da seid, mich liebt und hinter mir steht!

Berlin, im Januar 2025

*Maximilian Mense*

# Inhaltsverzeichnis

## § 1

<b>Einleitung</b>	17
A. Hintergrund und jüngere Entwicklung	18
B. Gang der Untersuchung	22

## § 2

<b>Intention und Konzept des Europäischen Gesetzgebers für die Onlinemustergründung</b>	25
A. Der digitale Binnenmarkt	25
I. Ein digitales Gesellschaftsrecht für einen digitalen Binnenmarkt	27
II. Fortschreitende Digitalisierung im Gesellschaftsrecht	28
1. Entwicklung	29
2. Konsequenz aus dem Scheitern der Societas Unius Personae (SUP)	32
B. Die Digitalisierungsrichtlinie als Teil des Company Law Package	34
I. Formelle Grundlagen	36
1. Rechtsgrundlage und Kompetenz	36
2. Gesetzgebungsverfahren	37
II. Systematik der Digitalisierungsrichtlinie	38
III. Einbindung in das Netz der europäischen Regulierung	39
1. Begleitdokumente	40
2. Die Single Digital Gateway Verordnung	41
a) Bedeutung der SDG-VO für die DigiRL	43
b) Die DigiRL als lex specialis zur SDG-VO?	43
c) Anwendungsbereich der SDG-VO	46
aa) Informationen	47
bb) Onlineverfahren	47
cc) Hilfs- und Problemlösungsdienste	49
d) „Sogwirkung“ der SDG-VO	50
e) Zwischenergebnis	51
3. Das „Once-Only-Prinzip“	51
4. Die eIDAS-VO	54

IV. Leitmotive und Ziele der DigiRL .....	54
1. Die Onlinegründung als „Herzstück“ der Digitalisierungsrichtlinie .....	56
2. „Zieltrias“ der DigiRL .....	57
a) Mehr digitale Werkzeuge für mehr unternehmerische Aktivität .....	58
b) Mehr Vertrauen durch hohe Sicherheitsstandards .....	59
c) Wahrung gesellschaftsrechtlicher Traditionen .....	60
d) Zwischenergebnis .....	61
C. Das Konzept des Europäischen Gesetzgebers für die Onlinemustergründung .....	61
I. Entwicklung der Onlinemustergründung .....	62
1. SPE-Entwurf .....	62
2. SUP-Entwurf .....	62
3. Weitere europäische Erwägungen zur (Online-)Mustergründung .....	64
a) Expertengruppen .....	64
b) European Model Companies Act (EMCA) .....	66
c) Die KMU-Strategy und die Startup- und Scale-up-Initiative .....	67
d) Everis Studie – Digitalisation of Company Law .....	68
e) Ernst & Young Studie – impediments for the use of digital tools .....	70
II. Zweck und Gegenstand der Online-(muster-)gründung .....	72
1. Adressaten der Onlinegründung .....	73
a) Natürliche und juristische Personen .....	73
b) Entsprechender Anwendungsbereich der Onlinemustergründung .....	74
c) Staatsangehörigkeit und Sitz .....	74
aa) Optionen für Drittstaatsangehörige .....	75
bb) Möglichkeit einer Onlinegründung für Drittstaatsangehörige .....	76
cc) Kein faktischer Ausschluss von Drittstaatsangehörigen .....	77
d) Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) .....	78
e) Onlinemustergründung für Startups .....	80
f) Zwischenergebnis .....	84
2. Grenzüberschreitende Onlinegründung .....	84
3. „Pan-europäisches“ Muster .....	85
III. Anforderungen, Prinzipien und Grundsätze für die Onlinemustergründung .....	87
1. Umsetzungsspielraum der Mitgliedstaaten .....	87
2. Optionale und ausschließliche Onlinegründung .....	88
3. Die Onlinemustergründung als Spezialfall der Onlinegründung .....	88
4. Die Onlinemustergründung als alternative oder einzige Gründungsform .....	89
5. Anwesenheit nur im Ausnahmefall .....	91
6. Verknüpfung mit dem SDG .....	92
a) Flexible Qualitätsstandards? .....	93
b) Informationen .....	95

c) Sprache .....	96
aa) Unverbindliche englische Übersetzung .....	96
bb) Weitere Übersetzungen je nach Nutzergruppe .....	97
d) Nutzerfreundlichkeit .....	99
aa) Nutzer .....	101
bb) Nutzerfreundliche Informationen .....	101
cc) Umfang der Informationen .....	104
dd) Nutzerfreundliche Verfahren und Dienste .....	104
ee) Erfassung und Berücksichtigung des Nutzerfeedbacks .....	106
ff) Zwischenergebnis .....	107
7. Beschleunigung und Vereinfachung .....	107
8. Kosten .....	109
9. Sicherheitsstandards und Missbrauchskontrolle .....	110
a) Mindestanforderungen .....	111
aa) Identifikationsmittel .....	111
bb) Vertrauensdienste .....	112
cc) Vorbeugende Kontrolle bei der Onlinemustergründung .....	112
b) Ausnahme- und Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten .....	113
10. Gesellschaftsinformationen .....	114
a) Registerdaten .....	115
b) Onlineeinreichung von Urkunden und Informationen .....	116
c) Anwendung des Once-Only-Prinzips bei der Datenerfassung .....	117
11. Ergänzungen durch den Entwurf zur DigiRL II und die eIDAS-VO 2.0 .....	118
a) Stärkung des vorbeugenden Rechtsschutzes .....	118
b) Anerkennung von Existenz- und Vertretungsnachweisen .....	119
c) Erweiterung der Anerkennungspflicht von Identifizierungsmitteln .....	120
d) Stärkung des Once-Only-Prinzips .....	121
e) Registerdaten, -vernetzung und -aktualisierung .....	121
f) Zwischenergebnis .....	121
g) Relevante Änderungen durch die verabschiedete DigiRL II .....	122

### § 3

#### **Vom Musterprotokoll zur Onlinemustergründung**

124

A. Begriff des Onlinemusters .....	124
I. Nicht nur elektronisch, sondern online .....	125
II. Muster .....	126
III. Bedeutung .....	127

B. Die deutsche Musterprotokollgründung nach dem MoMiG .....	128
I. Ursachen und Ziele der Einführung .....	129
II. Umsetzung und Gestaltung .....	130
III. Erfahrungen .....	132
1. Vertretung .....	133
2. Ergänzungen und Abweichungen .....	135
3. Folgen unzulässiger Abweichungen .....	137
4. Kapitalaufbringung .....	137
5. Dogmatische Einordnung .....	138
a) „Echte“ und „Unechte“ Satzungsbestandteile .....	138
b) Befreiung des Geschäftsführers von § 181 BGB .....	139
6. Nachträgliche Satzungsänderungen .....	140
7. Kosten .....	141
a) Kosten der Geschäftsführerbestellung .....	142
b) Kosten der Handelsregisteranmeldung .....	143
c) Kosten nachträglicher Änderungen .....	143
IV. Bewertung .....	143
C. Einführung der Onlinemustergründung durch das DiRUG .....	145
I. Das DiRUG .....	145
II. Erweiterung der Onlineverfahren durch das DiREG .....	146
III. Umsetzung der Onlinemustergründung .....	146
1. Anwendungsbereich .....	147
a) Persönlich .....	147
b) Onlinemustergründung durch Personengesellschaften .....	147
c) Sachlich .....	150
2. Onlinebeurkundung .....	151
a) Angebotspflicht des Notars und Wahlrecht der Beteiligten .....	152
b) Elektronische Niederschrift .....	153
c) Verhandlungsort .....	154
d) Abbruchmöglichkeit und Präsenzvorbehalte .....	155
3. Videokommunikationssystem der BNotK .....	157
4. Identifikation der Beteiligten .....	160
a) Vertretung natürlicher Personen .....	161
b) Vertretung juristischer Personen .....	162
c) Inhabilität von Geschäftsführern .....	164
5. Onlineeinreichung von Unterlagen .....	165
6. Relevante Ergänzungen durch das DiREG .....	165
a) Ausdehnung auf Sachgründungen .....	165
b) Ausdehnung der notariellen Videokommunikation .....	166
c) Erweiterung der Plattform der BNotK .....	167

d) Zwischenergebnis .....	167
IV. Die „neuen“ Muster .....	168
1. Anlage 1 zum GmbHG .....	168
a) Anwendungsbereich .....	168
b) Rechtsnatur .....	169
c) Inhalt .....	169
d) Registeranmeldung .....	170
2. Anlage 2 zum GmbHG .....	170
a) Anwendungsbereich .....	171
aa) Kein vereinfachtes Verfahren .....	171
bb) Keine Verwendung in der Präsenzbeurkundung .....	172
cc) Keine Anwendung bei der gemischten Beurkundung .....	172
b) Rechtsnatur .....	173
c) Inhalt .....	173
aa) Urkundeneingang und Errichtung der Gesellschaft .....	174
bb) Errichtung der Gesellschaft und Unternehmensgegenstand (Nummer 1 und 2) .....	175
cc) Gründungsgesellschafter (Nummer 3) .....	175
dd) Stammkapital (Nummer 3) .....	177
ee) Erfassung der prozentualen Beteiligung .....	178
ff) Ergänzung der prozentualen Beteiligung .....	180
gg) Wegfall der Meldefiktion .....	181
hh) Geschäftsführung (Nummer 4) .....	183
ii) Dogmatische Einordnung einzelner Musterbestandteile .....	184
(1) Einordnung der Geschäftsführerbestellung .....	184
(2) Einordnung der Vertretungsregelung .....	185
(3) Einordnung der unechten Gesamtvertretung .....	186
(4) Einordnung der Befreiung von § 181 BGB .....	188
(5) Zwischenergebnis .....	188
jj) Gründungskosten (Nummer 5) .....	189
kk) Abschriften (Nummer 6) .....	189
ll) Notarielle Hinweise (Nummer 7) .....	189
d) Registeranmeldung .....	190
3. Kosten .....	190
4. Einbindung auf dem Portal der BNotK und Verknüpfung mit dem Single Di- gital Gateway .....	192
D. Bewertung der deutschen Onlinemustergründung .....	193
I. Beurteilung anhand der Intention des Europäischen Gesetzgebers .....	194
1. Kein interaktives Muster .....	195
2. Startups .....	197

3. Grenzüberschreitender Kontext .....	200
a) Amtsbereich des Notars .....	200
b) Keine freie Notarwahl bei der Onlinegründung .....	201
c) Substitution durch Notare anderer Mitgliedstaaten bei der Onlinegründung .....	204
d) Stellungnahme .....	207
II. Umsetzungsdefizite und Verstöße gegen die DigiRL .....	211
1. Wegfall der Mitteilungsfiktion .....	211
a) Höherer bürokratischer Aufwand .....	211
b) Verstoß gegen das Once-Only-Prinzip .....	212
2. Jederzeitige Abbruchmöglichkeit durch den Notar .....	214
3. Erreichbarkeit über das SDG .....	217
a) Qualitätsstandards des SDG .....	219
b) Sprache .....	219
III. Fazit zur deutschen Onlinemustergründung .....	220

#### § 4

<b>Verbesserungsbedarf und Entwicklungsperspektive .....</b>	<b>223</b>
A. Unmittelbarer Verbesserungsbedarf .....	223
I. Freie Notarwahl für Ausländer .....	223
II. Transparente Vorschriften für Präsenzanordnung .....	224
III. Anpassung der statischen Muster in Anlage 1 und 2 GmbHG .....	225
1. Urkundeneingang .....	225
2. Hinweise in den Fußnoten .....	226
3. Prozentuale Beteiligung .....	227
IV. Mitteilung an das Transparenzregister .....	228
V. Qualitätsstandards und Verknüpfung mit dem SDG .....	229
1. Koordination der Verknüpfung mit dem SDG .....	230
2. Nutzerfreundliche Gestaltung .....	231
a) Nutzerfreundliche Informationen .....	232
b) Nutzerfreundliche Muster .....	233
c) Rückmelde- und Suchfunktion .....	234
3. Sprache .....	235
VI. Fazit .....	236
B. Entwicklungsmöglichkeiten .....	237
I. Ausgangslage .....	237
II. Möglichkeit einer Onlinemustergründung ohne Notar .....	238
1. Onlinemustergründung einer Einpersonengesellschaft ohne Notar .....	240
a) Registrierung auf dem Portal der BNotK .....	241

b) Auswahl der Gründungsvariante .....	241
c) Geführtes „Interview“ und Hinweise .....	241
d) Wahl des Gesellschaftssitzes .....	244
e) Automatisierte Prüfung der gewählten Firma .....	244
f) Auswahl unter begrenzten Unternehmensgegenständen .....	245
g) Stammkapital je nach Wahl einer UG oder GmbH .....	245
h) Geschäftsführerbestellung .....	246
i) Abschluss der ersten Datenerfassung und Generierung der Vorgangsnummer .....	246
j) Geschäftskontoeröffnung unter Vorbehalt und Zahlungsdienste .....	246
k) Erste Stufe der Identifikation durch die Bank .....	247
l) Einzahlung des Stammkapitals und Bestätigung an Portal der BNotK ...	248
aa) Löschung des Vorgangs bei Firstablauf .....	248
bb) Bestätigung der Einzahlung des Stammkapitals .....	249
m) Terminbuchung für die Eintragung der Gesellschaft .....	249
n) Handelsregisteranmeldung und Eintragungstermin mit Registergericht ..	251
aa) Identifikation durch Registerrichter oder Rechtspfleger .....	251
bb) Prüfung und Belehrung durch Registerrichter oder Rechtspfleger ...	252
cc) Bestätigung durch Gründer und Erstellung einer elektronischen Niederschrift .....	253
o) Eintragung und Entstehung der Gesellschaft .....	254
p) One Stop-Shop .....	254
2. Technische Gestaltung .....	255
3. Stellungnahme .....	256
a) Schutz- und Warnfunktion .....	258
b) Übereilungsschutz .....	259
c) Gewährleistung der materiellen Wirksamkeit .....	260
d) Klarstellungsfunktion .....	261
e) Beweisfunktion .....	262
f) Identitätsprüfung, Geldwäscheprävention .....	263
g) Filter-, Vorprüfungs- und Entlastungsfunktion .....	264
h) Meldepflichten .....	265
4. Fazit zur vorgeschlagenen Variante der Onlinemustergründung .....	265
III. Weitere Entwicklungsperspektive .....	267
C. Zusammenfassung und Fazit .....	268
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>270</b>
<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>285</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>293</b>





## Einleitung

„Das Internet ist für uns alle Neuland.“<sup>1</sup>

Dieses Zitat der ehemaligen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ging 2013 bundesweit durch die Presse und löste Verwunderung und Erstaunen aus, denn bereits damals war das Internet wesentlicher Bestandteil des Alltags eines überwiegenden Teils der Bürger.<sup>2</sup> Das Zitat wird bis heute häufig herangezogen, um auf die schleppende Digitalisierung durch staatliche Akteure in der letzten Dekade hinzuweisen. Seitdem gab es von staatlicher Seite diverse Digitalisierungsbestrebungen, die teilweise auch Reformen nach sich zogen, doch bis heute läuft Deutschland anderen Mitgliedstaaten in Sachen Digitalisierung hinterher.<sup>3</sup>

Nach wie vor werden die Möglichkeiten, die das Internet und darauf basierende Technologien bieten, von der deutschen Justiz, Verwaltung und Rechtsberatung nur sehr begrenzt eingesetzt und die erforderlichen gesetzlichen Reformen oftmals nur zurückhaltend angestoßen.<sup>4</sup> Die Gründe dafür sind vielseitig und schon länger Gegenstand zahlreicher Arbeiten diverser wissenschaftlicher Disziplinen.

Aufgrund der sich kontinuierlich beschleunigenden technischen Entwicklung wird auch der Reformdruck weiter steigen. Die Herausforderung des Gesetzgebers im 21. Jahrhundert liegt darin, auf der einen Seite technische Innovationen nützlich einzusetzen, dabei jedoch die Funktionalität, Integrität und Rechtmäßigkeit jeder Reform im bestehenden System der Rechtsordnung zu gewährleisten. Der kritische Aspekt dieser Herausforderung ist dabei die Zeit. Deutsche Juristen sind zu Recht stolz auf das Bürgerliche Gesetzbuch, welches weltweit zum Vorbild für ausländische Rechtsordnungen wurde und bis heute die Grundlage des deutschen Privatrechts bildet.<sup>5</sup> Der historische Gesetzgeber benötigte von den ersten Tagungen der Vor-

---

<sup>1</sup> Angela Merkel auf einer Pressekonferenz am 19.06.13, abrufbar unter: <https://www.tagespiegel.de/politik/merkels-neuland-wird-zur-lachnummer-im-netz-4403470.html> (16. 12. 24).

<sup>2</sup> Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/13070/umfrage/entwicklung-der-internet-nutzung-in-deutschland-seit-2001/> (16. 12. 24).

<sup>3</sup> Vgl. SZ v. 25.04.23, Das sind die fünf größten Baustellen bei der Digitalisierung, abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/digitalisierung-elektronische-patientenakte-deutsche-bahn-bundesregierung-1.5820978?reduced=true> (16. 12. 24).

<sup>4</sup> So belegt Deutschland in der Mehrheit der untersuchten Bereiche des Digital Economy and Society Index (DESI) einen der hinteren Plätze, vgl. EU-Kommission, DESI 2022, abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/newsroom/dae/redirection/document/88764> (16. 12. 24).

<sup>5</sup> *Oberheiden*, ZRP 2010, 17.

kommission 1874 bis zum Inkrafttreten des BGB in der Fassung am 01.01.1900 über 25 Jahre.<sup>6</sup> Selbst für derart umfassende Gesetzesreformen stünde heute nicht einmal mehr ein Bruchteil dieses Zeitraums zur Verfügung. Es bedarf flexibler Regelungskonzepte, die auch den nötigen Funken Mut beinhalten, der es erlaubt, Innovationen einzubinden und sich der raschen Entwicklung anzupassen.

Die Zurückhaltung beim Einsatz technischer Innovationen mag oftmals begründet sein, wird aber immer mehr zum Standortnachteil für Deutschland und die Europäische Union. Dies wurde erkannt und zog auf nationaler und europäischer Ebene Reformen zur Modernisierung nach sich.<sup>7</sup> Im Fokus der EU-Reformen liegt insbesondere das Gesellschaftsrecht.<sup>8</sup> In diesem Rahmen stellt die Verabschiedung der Digitalisierungsrichtlinie 2019/1151/EU<sup>9</sup> einen Meilenstein dar. Neben verbindlichen Mindeststandards zur Verhinderung von missbräuchlichen Gesellschaftsgründungen wurde für alle Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben, eine Gesellschaftsgründung vollständig online zu ermöglichen. Ein wesentlicher Aspekt der Richtlinie ist die Einführung einer Onlinemustergründung, die es Gründern ermöglicht, eine Gesellschaft zügig und einfach anhand eines Musters vollständig online gründen zu können.

Die Einführung der Onlinemustergründung in Deutschland infolge der Digitalisierungsrichtlinie 2019/1151/EU ist Gegenstand dieser Arbeit.

## A. Hintergrund und jüngere Entwicklung

Der Reformdruck des Europäischen Gesetzgebers wirkte sich auf das deutsche Gesellschaftsrecht maßgeblich aus und zog umfassende Gesetzesnovellen nach sich, was bis heute andauert.

Am 10.06.2021 hat der Bundestag ein Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG) verabschiedet, welches am 13.08.2021 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde und am 01.08.2022 weitestgehend in Kraft getreten ist.<sup>10</sup> Seit dem 01.08.2022 kann eine GmbH in Deutschland erstmals vollständig online gegründet werden.

---

<sup>6</sup> MüKo BGB/Säcker, Einl. Rn. 11 f.

<sup>7</sup> Deutschland macht Fortschritte bei der Digitalisierung und belegt im DESI Länderbericht 2022 insgesamt immerhin den 13. Platz, vgl. EU-Kommission, DESI 2022 Deutschland, S. 3.

<sup>8</sup> EU-Kommission, Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa v. 06.05.2015 COM(2015) 192 final, S. 20; Knaier, GmbHR 2018, 560, 560.

<sup>9</sup> RL (EU) 2019/1151 des europäischen Parlaments und des Rates vom 20.06.2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht, ABl. L 186/80, im Folgenden: DigiRL 2019/1151/EU.

<sup>10</sup> Abrufbar unter: [https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2022\\_Digitalisierungsrichtlinie.html](https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2022_Digitalisierungsrichtlinie.html) (16.12.24); vgl. dazu Heckschen/Knaier, NZG 2021, 1093, 1093; J. Schmidt, BB 2021, 1923, 1924; Kienzle, DNotZ 2021, 590, 590.

Das DiRUG transformiert die Digitalisierungsrichtlinie 2019/1151/EU vom 20.06.2019 (DigiRL), die eine Novelle<sup>11</sup> zur Gesellschaftsrechtsrichtlinie 2017/1132/EU<sup>12</sup> (GesRRL) ist, in deutsches Recht. Es ist das Ergebnis eines zügigen Gesetzgebungsprozesses,<sup>13</sup> der auf europäischer Ebene mit dem Company Law Package angestoßen wurde.<sup>14</sup>

Die Europäische Kommission legte am 25.04.2018 ihren Entwurf für das Company Law Package vor, der neben der DigiRL auch die Mobilitätsrichtlinie 2019/2121/EU<sup>15</sup> (MobilRRL) umfasst.<sup>16</sup> Das Gesetzgebungsverfahren wurde in „Rekordzeit“<sup>17</sup> abgeschlossen, was die Bedeutung der DigiRL im Kontext der Gesamtstrategie der Kommission für einen digitalen Binnenmarkt unterstreicht.<sup>18</sup> Von den Mitgliedstaaten wurde ein ähnlich hohes Tempo bei der Transformation der Richtlinie in nationales Recht verlangt.<sup>19</sup> Die Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten sollte gem. Art. 2 Abs. 1 DigiRL grundsätzlich bis zum 01.08.2021 erfolgen.<sup>20</sup>

Der EU-Kommission war die Komplexität der geforderten Änderungen der nationalen Systeme bewusst. Daher konnten Mitgliedstaaten, die bei der Umsetzung vor besonderen Herausforderungen standen, die Gründe hierfür objektiv darlegen und eine Verlängerung des Umsetzungszeitraums um bis zu ein Jahr bei der Kommission beantragen.<sup>21</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. *Lieder*, NZG 2018, 1081, 1091; *Knaier*, GmbHR 2018, 560, 561; *Teichmann*, ZIP 2018, 2451, 2452.

<sup>12</sup> Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts, ABl. L 169/46, im Folgenden: GesRRL 2017/1132/EU.

<sup>13</sup> *Heckschen*, NotBZ 2020, 241, 241; *Bormann/Stelmaszczyk*, NZG 2019, 601, 602.

<sup>14</sup> *Knaier*, GmbHR 2021, 169, 170; *M. K. Schmidt*, Grenzüberschreitender Formwechsel, Diss. 2020, S. 166 f.; *Heckschen/Knaier*, NZG 2021, 1093, 1093.

<sup>15</sup> Richtlinie (EU) 2019/2121 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. 11. 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen, ABl. L 321/1, im Folgenden: MobilRRL 2019/2121/EU.

<sup>16</sup> *Wachter*, GmbH-StB 2018, 214, 214; *Heckschen*, NotBZ 2020, 241, 241; *Schurr*, EuZW 2019, 772, 772.

<sup>17</sup> *Bayer/J. Schmidt*, BB 2019, 1922, 1922.

<sup>18</sup> EU-Kommission, Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa v. 06.05.2015 COM(2015) 192 final; vgl. EU-Kommission, SWD(2018) 141 final, S. 5; *Schurr*, EuZW 2019, 772, 773; *Bormann/Stelmaszczyk*, NZG 2019, 601, 612.

<sup>19</sup> *Knaier* spricht zutreffend von einer „Herausforderung“ für die Mitgliedstaaten, ZNotP 2021, 241, 249; *Wachter*, GmbH-StB 2018, 215; *Wachter*, GmbHR 2019, R32.

<sup>20</sup> *Birkefeld/Schäfer*, BB 2019, 2626.

<sup>21</sup> ErwG. 42 DigiRL 2019/1151/EU.